

ABSTAMMUNGSRECHT

# Abgeflaute Debatte

Tessie Jakobs

**Mit einem Gutachten hofft die Menschenrechtskommission, einem Gesetzesentwurf, der seit 2013 vorliegt, neues Leben einzuhauchen. Die Themenbereiche, die der Text regulieren soll, sind so vielfältig wie brennend.**

„Nicht alles, was medizinisch möglich ist, sollte auch umgesetzt werden“, so eine Einschätzung des Präsidenten der Menschenrechtskommission (CCDH), Gilbert Pregno, anlässlich einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag. Es ist genau dieser Grundsatz der zu endlosen Debatten führen kann, sobald das Feld der Bioethik angeschnitten wird. Was abstrakt klingt, ist doch fest im Alltag vieler Menschen verankert: Organspenden, Euthanasie, Gentests – das alles sind bioethisch relevante Themenbereiche.

Der Gesetzesentwurf 6568A „portant réforme du droit de la filiation“ zielt darauf ab, zumindest einen Teil solcher bioethischen Problematiken gesetzlich zu regulieren. Bereits 2013 war der Gesetzesentwurf vorgestellt worden. Seither sind unzählige Stellungnahmen erschienen, Änderungen wurden vorgenommen. Im Koalitionsvertrag von 2018 war festgehalten worden, die parlamentarische Arbeit am Gesetzesentwurf 6568A zur Reformierung des Kindschaftsrechts fortzuführen.

Zu einer Abstimmung in der Chamber kam es bis zum heutigen Tag jedoch nicht. Als Grund dafür wird stets die Komplexität des Sachgehalts angeführt: Einerseits gilt es, den aktuellen Stand der Medizin zu berücksichtigen, datenschutzkonform zu sein, gleichzeitig aber auch eine Vielzahl ethischer Fragen abzuwägen. Als übergeordneter Leitsatz gilt das Wohl des Kindes, unabhängig davon, ob es durch künstliche Befruchtung, Inzest oder Leihmutterchaft gezeugt wurde.

Die Liste der Gesetze, auf die die Reform Einfluss haben wird, ist lang. 2017 wurde beschlossen, den Teil über Namen und Vornamen in einem separaten Gesetz zu behandeln. Ein Jahr

später wurde ein Text verabschiedet, der die Änderung des Namens- und Geschlechtseintrags im Personenregister vereinfacht: Statt eines ärztlichen oder psychologischen Gutachtens, reicht seither eine einfache administrative Prozedur, um Änderungen vorzunehmen zu lassen.

Im vergangenen Herbst erfolgte mit der Vorstellung des Gesetzesentwurfs, der das Recht auf Zugang zur eigenen biologischen Abstammung regelt, ein weiterer wichtiger Schritt (woxx 1621). Wann die restlichen Aspekte via „Abstammungsgesetz“ endlich gesetzlich geregelt sein werden, lässt sich zurzeit schwer sagen. Nach einer diesbezüglichen Einschätzung gefragt, antwortet das Justizministerium nur knapp, der Entwurf befinde sich zurzeit zur erneuten Begutachtung beim Staatsrat.

Auf der Chamberseite ist diese Information nicht zu finden. Dafür aber die neuste Version des Entwurfs, die vom 5. September 2017 datiert. Mit ihrem am Freitag vorgestellten Gutachten hofft die CCDH, die bisher ausgebliebene Debatte rund um künstliche Befruchtung, Embryonenforschung und Leihmutterchaft wieder anzukurbeln.

## Künstliche Befruchtung für alle

Die Menschenrechtskommission begrüßt, dass das Recht auf künstliche Befruchtung im Gesetzesentwurf sowohl heterosexuellen und homosexuellen Paaren als auch Alleinstehenden zugestanden wird. Erfreut zeigt sie sich zudem, dass Personen, die auf sie zurückgreifen, ihr Einverständnis nicht mehr vor einem Gericht ablegen müssen, so wie es in der ursprünglichen Fassung des Textes vorgesehen war. Menschen, die auf künstliche Befruchtung zurückgreifen wollen, sollten, so die CCDH weiter, dennoch die Möglichkeit haben, sich juristisch beraten zu lassen, „afin que les personnes puissent être informées sur leurs droits et leurs obligations en matière de filiation, surtout en cas de

PMA avec tiers donneur“.

Die Kommission stellt im Text jedoch gravierende Lücken fest, die Regierung habe bisher zu wichtigen ethischen Fragen nicht klar Position bezogen. In ihrem Gutachten geht sie auf den Umstand ein, dass kein Recht auf ein Kind besteht. So könne es durchaus vorkommen, dass ein Staat die künstliche Befruchtung mit Drittspenden verbiete, um Frauen zu schützen, die aufgrund einer verletzlichen Lage ausgebeutet werden könnten oder durch eine Embryonenspende einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt wären. Umso wichtiger sei es, künstliche Befruchtung „genauestens zu reglementieren und auf Menschenrechte zu basieren, um Ungleichbehandlung und Missbrauch zu verhindern“.

Die CCDH stellt fest, dass es zurzeit nicht nur an einer allgemeinen Debatte über ethische Fragen rund um künstliche Befruchtung fehle, sondern der aktuelle Text zudem nicht die nötige ethische Klarheit bezüglich Embryonen und genetischem Material liefere. So müsse das Gesetz ihrer Ansicht nach Klarheit darüber schaffen, wie viel Wahlfreiheit es bezüglich der verwendeten Ei- und Spermenspenden geben darf: „Il faut éviter que les auteurs d'un projet parental puissent choisir des gamètes ou un embryon 'à la carte', par exemple en choisissant le sexe“. Auch ethische Fragen rund um pränatale Diagnostik gelte es im Detail zu berücksichtigen. Dies sei nicht nur bei der künstlichen Befruchtung mit oder ohne Drittspende, sondern auch im Rahmen einer spontanen Befruchtung relevant, wo Prozeduren, um genetische und chromosomale Abweichungen festzustellen, aktuell gängige Praxis seien. „L'exclusion d'embryons par exemple à cause d'un éventuel handicap futur pourrait accentuer le risque de stigmatisation pour les personnes handicapées concernées et leur(s) parent(s)“, gibt die Kommission zu bedenken. Wichtig sei es, Eltern bei solch schwierigen Entscheidungen nicht alleine zu lassen.

Im Gesetz wird ebenfalls die post-

mortale Befruchtung geregelt. So wird ein legaler Rahmen geschaffen, um auf Samen- und Eizellen zurückzugreifen, deren Spender\*in nicht mehr am Leben ist. Dies ist im aktuellen Text an klare Bedingungen geknüpft: Der\*die Verstorbene muss die künstliche Befruchtung anhand seiner\*ihrer Samen- oder Eizellen explizit eingewilligt haben. Die Prozedur muss zudem innerhalb eines Jahres nach dem Tod des\*der verstorbenen Autor\*in des elterlichen Projekts durchgeführt werden. Wird diese Frist überschritten, sind nicht nur strafrechtliche Konsequenzen vorgesehen: Auch das Recht, ein Abstammungsverhältnis zum\*r Verstorbenen herzustellen, wird dem Kind aberkannt.

Die CCDH fragt hier nach der Begründung einer solchen Frist und gibt zu denken „qu'il ne suffit pas de tenir exclusivement compte des considérations patrimoniales, mais qu'une attention particulière doit être consacrée par exemple aux questions psychologiques et médicales qui se posent dans ce contexte“. Bezüglich des Vorhabens, ein Abstammungsverhältnis zu verwehren, bezweifelt die CCDH, dass dies im besten Interesse des Kindes sei. Immerhin müsse dessen Recht, seine biologische Herkunft zu erfahren, garantiert werden.

### **Leihmutterschaft verboten**

Leihmutterschaft soll mit dem Gesetz verboten werden. In ihrem Gutachten betont die CCDH erneut, dass die Praktik damit jedoch nicht aus der Welt geschafft sei. Es sei davon auszugehen, dass Eltern, die auf eine Leihmutter zurückgreifen wollen und sich dies finanziell leisten können,

ihr Glück im Ausland versuchen. „Il y a donc notamment un risque que les personnes qui se trouvent dans des situations socio-économiques plus favorables puissent contourner plus facilement cette interdiction.“ Kritisch sieht die CCDH zudem, dass laut Gesetzesentwurf Strafen sowohl für die Leihmutter als auch für die sozialen Eltern vorgesehen sind. Die Kommission bezweifelt, dass es im besten Interesse des Kindes ist, wenn beide Parteien sich nach seiner Geburt im Gefängnis befinden.

Erfreut zeigt sich die Kommission indes über das Vorhaben, im Ausland erfolgte Leihmutterschaften unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen. So sieht das Gesetzesentwurf vor, dass die sozialen Eltern einen „acte de parentalité“ abschließen können, wenn sie die notwendigen vertraglichen und medizinischen Nachweise erbracht haben. Anders als bisher müsste der nicht-biologische Elternteil das Kind demnach nicht mehr adoptieren. Zudem begrüßt die CCDH, dass im Artikel zur Leihmutterschaft Maßnahmen vorgesehen sind, um Fälle von Menschenhandel vorzubeugen.

### **Wo bleibt die Co-Elternschaft?**

Der Gesetzesentwurf 6568A sieht vor, jedem Kind die gleichen Rechte in Bezug auf seine Eltern zu garantieren, unabhängig davon, ob diese homo- oder heterosexuell sind. Damit wurde auf die Forderung der CCDH aus dem Jahr 2015 reagiert, die Formulierung „père et mère“ durch eine inklusivere zu ersetzen. In ihrem Gutachten weist sie darauf hin, dass in der gleichen Logik auch auf Formu-

lierungen wie „l'homme et la femme“ verzichtet werden sollte „sachant que certaines personnes ne rentrent pas dans ces catégories“.

Die CCDH unterstreicht die Ungleichbehandlung des Bürgerlichen Gesetzbuches bezüglich heterosexuellen und homosexuellen, verheirateten und unverheirateten Paaren. Sind die Eltern eines Kindes heterosexuell und verheiratet, werden beide bei der Geburt automatisch als Eltern anerkannt. Die CCDH kritisiert, dass bei unverheirateten und homosexuellen Paaren kein solcher Anspruch auf eine angenommene Vaterschaft oder angenommene Co-Elternschaft besteht, ohne dass dies im Entwurf ausreichend begründet würde. In den Augen der CCDH entspricht diese Logik einem „anachronistischen Verständnis von Familie“. Im Koalitionsprogramm der Regierung wurde festgehalten, das Konzept der Co-Mutterschaft und Co-Vaterschaft anzuerkennen. Es gilt nun also abzuwarten, wie dieses Vorhaben umgesetzt wird.

Die konsultative Menschenrechtskommission hat aber auch über den vorliegenden Text hinausgehende Kritikpunkte: So bedauert sie, dass noch kein Gesetzesentwurf in puncto Bioethik vorliegt. Immerhin hätten damit Aspekte geregelt werden können, die der Reform des Abstammungsrechts als Grundlage hätten dienen können. Die CCDH empfiehlt der Regierung in der Zwischenzeit ein multidisziplinär arbeitendes Gremium einzurichten, mit dem Auftrag, alle Gesetzesprojekte und Regierungsentscheidungen zu begleiten, die Fragen der Bioethik berühren.

## **Des réflexions à mener sur la PMA**

**LUXEMBOURG** La Commission consultative des droits de l'homme se réjouit du projet de loi donnant un cadre légal à la procréation médicalement assistée (PMA) et à l'ouvrir à tous, célibataires et couples de même sexe inclus. Elle considère cependant que le texte devrait être plus précis sur les modalités et prône une réflexion annexe sur les aspects bioéthiques, notamment liés aux embryons.

## E gesetzleche Kader fir kënschtlech Befruchtung gëtt begréisst

Vum Diana Hoffmann|Update: 19.03.2021 15:32



D'Rechter vum Kand müssen iwwert allem stoen an et dierf net zu Diskriminéierung kommen opgrond vun der Aart a Weis, wéi d'Kand gezeugt gouf.

Zu deem Schluss kënn déi consultativ Mënscherechtskommissioun an hirem zweeten Avis iwwert de Gesetzprojet 6568A, mat deem d'Ofstamung gereegelt gëtt. Wann e Kand op d'Welt kënn, huet et nach keng Virstellung vun engem Familljebild, seet de Gilbert Pregno, President vun der Commission consultative des Droits de l'Homme (CCDH). Ob et sech elo ëm eng hetero- oder homosexuell Koppel handelt oder ëm eng elengstoend Persoun. Wichteg wier eng fest Bezéiung mat enger begrenzten Zuel vu Persounen.

De Max Mousel, Jurist bei der CCDH, begréisst am Numm vun dëser kloer, dass e legale Kader fir kënschtlech Befruchtung geschaaft gëtt, an och, dass et hei keng Diskriminéierung gëtt. Sou kënnen souwuel elengstoend Persounen, wéi och gläichgeschlechtlech Koppelen dovun profitéieren. Dat géng momentan zwar och esou gehandhaabt ginn, mee elo géng et Rechtssécherheet bei deem Thema ginn. Virdrun hu Leit, déi wollte vun dengem Tiers Donneur e Kand kréien, virun e Riichter oder Notaire goen, sou de Max Mousel.

Wichtig fënnt d'CCDH awer och, dat de Projet de Loi virgesäit, datt Leit an enger Convention medicale festleeë sollen, war mat hiren Embryoen, Eezellen oder Spermien geschitt, déi net direkt bei der kënschtlecher Befruchtung genotzt ginn, mee agefruer fir eng spéider Notzung. Hei misst nach gekläert ginn, wat passéiert, wann eng Koppel sech trennt oder nom Doud vum Donneur.

Eng weider Fro ass, no wéi enge Krittäre sollen d'Embryoen oder Gamet ausgewielt ginn. „No der Erfollegchance, oder anere Krittäre“, freet de Max Mousel. Prinzipiell wier et jo verbueden, d'Geschlecht auszewielen. Mee wéi wier et, wann et dorëms geet, schwéier Krankheeten, déi verierflech an un d'Geschlecht gebonnen sinn, ze evitéieren?

Beim Sujet Leihmutterschaft gëtt d'CCDH kee kloren Avis of. Hei wieren nach weider Diskussiounen mat Spezialisten aus verschiddene Beräicher néideg. Bis ob weideres bleift Leihmutterschaft zu Lëtzebuerg verbueden. Fir Fraen, déi e Kand fir en aneren ausdroen oder fir deen, deen esou eppes an Optrag gëtt, ginn et strofrechtlech Sanktiounen. E rengt Verbuet géing de Problem awer net léisen, befënnt de CCDH.

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1691581.html>

"Et soll kee Kand sech fir seng Hierkonft musse schummen"

## **Gesetz iwwert d'Ofstaamung "Et soll kee Kand sech fir seng Hierkonft musse schummen"**

21. Mäerz 2021 - 11:45

"D'Manéier wéi e Kand gemaach gouf, däerf net zu enger Diskriminatioun féieren", sou déi konsultativ Mënscherechtskommissioun an hirem Avis zum Gesetz iwwer d'Filiatioun. Et ass ee generell zefridden, datt e gesetzleche Kader fir déi kënschtlech Befruchtung an d'Leihmutterchaft geschaf gëtt.

*Sophie Morang / cz*



Gilbert Pregno (Foto: Archiv)

"Et ass héich Zäit dass dat Gesetz kennt, bis elo gouf et e Vakuum", seet de Gilbert Pregno vun der Mënscherechtskommissioun CCDH. "Virun allem d'Experten, déi an deem Beräich schaffen, wäerten zefridde sinn".

D'Kanner an och d'Frae stinn am Mëttelpunkt vum Gesetz. "Et geet drëm, dofir ze suergen, dass herno kee Kand, och als Erwuessene sech fir seng Hierkonft muss schummen". Mam Gesetz gëtt déi kënschtlech Befruchtung an d'Leihmutterschaft gereegelt. "Et geet awer och ëm Bioethik", seet de Gilbert Pregno. "Et soll eng breet Debatte lancéiert ginn, iwwer dat wat ee wëllt", fuerdert de President vun der Mënscherechtskommissioun, an hofft dass di Debatte mam Gesetz lancéiert gëtt.

## **Diskussionen ëm d'Leihmutterschaft**

D'Leihmutterschaft bleift mam Gesetz verbueden. De Gilbert Pregno weist awer drop hin, dass bei eis eng Partie Kanner liewen, déi duerch eng Leihmutterschaft op d'Welt komm sinn. Dat misst een esou unhuelen. Di Kanner hätten e Recht op en état civil, si dierfte kee Schued dervun droen. De Gilbert Pregno geet dovunner aus, dass d'Diskussion ëm d'Leihmutterschaft eis an den nächste Joren nach vill wäert beschäftegen.

Wat dann d'Opbewahrung vun Embryoen, Eezellen a Spermien ugeet, misst nogebessert gi, fuerdert de Gilbert Pregno nach. Wuel kéinten déi betraffe Koppelen hei viles decidéieren, an awer wier et gutt, wann verschidde Reegelen och per Gesetz géife festgehale ginn, fënnt d'Mënscherechtskommissioun.

Source: <https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/et-soll-kee-kand-sech-fir-seng-hierkonft-musse-schummen>

# „Rechte des Kindes stehen an erster Stelle

Leihmutterschaft, künstliche Befruchtung, embryonale Forschung:

Menschenrechtskommission fordert breite Debatte über ethische Fragen

Leihmutterschaft und künstliche Befruchtung sind heikle Themen und in Luxemburg nicht gesetzlich geregelt. Das soll sich ändern. Die beratende Menschenrechtskommission begrüßt das und hat ein Gutachten zum Gesetzesentwurf 6568A erstellt.

Nach Ansicht der Menschenrechtler stellen sich viele wichtige bioethische Fragen in den oben genannten Bereichen. Diese bedeutsamen Fragen müssten dringend in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion mit wissenschaftlichen und medizinischen Experten sowie Juristen kontrovers diskutiert werden, findet die Commission consultative des droits de l'homme (CCDH). Sie fordert die Politik dazu auf, eine solche Debatte anzustoßen.

Klar ist: Der medizinische Fortschritt lässt sich nicht aufhalten. Allerdings darf nicht alles, was medizinisch möglich ist, auch umgesetzt werden, sagt die Menschenrechtskommission. Sie sieht eine große Gefahr, dass der medizinische Fortschritt missbraucht werden und zu Menschenhandel führen könnte. „In Gesprächen mit Ärzten und anderen Fachleuten konnte ich feststellen, wie besorgt sie sind, was die ethischen Fragen betrifft. Sie pochen sehr stark darauf, dass diesbezüglich etwas passiert“, so Präsident Gilbert Pregno. Alle Überlegungen müssten auf

der Grundlage des Intérêt supérieur de l'enfant und im Respekt mit den Rechten der Frau geführt werden, so Pregno.

Die CCDH hat eine Reihe von Prioritäten festgelegt und Empfehlungen an die Regierung formuliert. So fordert sie beispielsweise, dass der Gesetzesentwurf zum Abstammungsrecht in Verbindung mit dem Entwurf über das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung bei Adoption und künstlicher Befruchtung behandelt wird.

Wichtig sei, darauf zu achten, dass kein Kind diskriminiert wird, „unabhängig von der Art und Weise, wie es gezeugt worden ist“, so Gilbert Pregno. Die Familienstruktur sei für die Entwicklung der Kinder nicht relevant. Es gebe keine Forschung, die belegen würde, dass Kinder, die zum Beispiel in einer Familie mit homosexuellen Eltern aufwachsen, einer größeren Gefahr ausgesetzt seien, Schaden zu nehmen, als Kinder von heterosexuellen Eltern. Wichtig sei die Bindung zu den Eltern.

## Künstliche Befruchtung

Die Menschenrechtler begrüßen, dass künftig alle Formen der künstlichen Befruchtung gleichgestellt sind. Ihr liegt eine medizinische Konvention zwischen den Privatpersonen und einem Arzt beziehungsweise einem Befruchtungszentrum zugrunde. In der Konvention soll auch festgelegt werden, was mit Embryonen, Eizellen oder Spermien passiert, die nicht bei einer künstlichen Befruchtung eingesetzt werden. Hier seien noch viele Fragen offen, die dringend einer Antwort bedürften, sagen die Menschenrechtler. Auch sollten viele dieser Fragen nicht in einer Konvention, sondern in einem Gesetz geregelt werden. Das betrifft zum Beispiel die Dauer des Einfrierens von Embryonen oder die Frage, unter welchen Bedingungen eine künstliche Befruchtung beziehungsweise eine Konvention abgelehnt werden kann. „Hier hat der Gesetzgeber es sich zu leicht gemacht“, sagte der Jurist der CCDH, Max Mousel.

Leihmutterschaft bleibt verboten

Die Leihmutterschaft bleibt in Luxemburg untersagt, was von der CCDH ausdrücklich begrüßt wird. Der Gesetzgeber sieht aber vor, dass Kinder, die infolge einer Leihmutterschaft im Ausland geboren wurden, unter bestimmten Bedingungen in Luxemburg anerkannt werden können. Eine Änderung, die in den Augen der Menschenrechtler dringend notwendig war, um die Rechte der Kinder zu schützen. „Das Kind kann schließlich nichts für die Art und Weise, wie es gezeugt wurde“, so Mousel.

## Embryonale Forschung

Umstritten ist auch die embryonale Forschung. Zurzeit ist es in Luxemburg nicht erlaubt, Embryonen zwecks Forschung zu schaffen. Allerdings stellt sich nach Ansicht der CCDH die Frage, inwiefern Embryonen, die zur künstlichen Befruchtung gezeugt wurden, aber nicht gebraucht werden, zu Forschungszwecken genutzt werden dürfen.

Der Zwiespalt besteht darin, dass embryonale Forschung einerseits Hoffnung auf neuartige Behandlungsstrategien bei schweren Erkrankungen gibt. Andererseits besteht aber auch die Gefahr von genetischer Manipulation. Hier plädiert die Menschenrechtskommission für einen klaren gesetzlichen Rahmen, „der in Zusammenarbeit mit Experten definiert wird und verhindert, dass es zu Missbrauch kommt“, so Mousel. *mig*

● Die Experten sind  
● sehr besorgt, was die ethischen Fragen betrifft und erwarten, dass etwas passiert.

Gilbert Pregno





## Toute la vérité sur les origines est-elle bonne à dire ?

Les associations LGBTIQ craignent que la fin de l'anonymat donne un droit d'ingérence au donneur.

### [Marie DEDEBAN](#)

Déposé en octobre dernier, le projet de loi visant à lever l'anonymat des donneurs de sperme ou d'ovocytes se trouve au cœur des débats. En cause: son impact sur l'avenir des enfants.

Pensé comme un moyen pour l'enfant de se réappropriier ses origines, le [projet de loi n°7674](#) fait couler beaucoup d'encre depuis son dépôt en [octobre dernier](#). En cause, le terme «d'orphelin génétique» et l'abolition de l'anonymat des donneurs de sperme ou d'ovocytes. Porté par Sam Tanson (Déi Gréng), ministre de la Justice, le texte prévoit ainsi qu'à sa majorité, chaque enfant puisse connaître son géniteur s'il le souhaite.



### [Les femmes recourent plus souvent à la PMA](#)

Une idée qui ne ravit pas les associations LGBTIQ. Si elles considèrent le principe comme légitime en ce qui concerne l'adoption, elles estiment que le projet de loi pourrait menacer l'équilibre des familles homoparentales. Pour [l'ASBL Rosa Lëtzebuerg](#), lever l'anonymat des donneurs de gamètes reproducteurs équivaudrait à «nier la dimension sociale et affective de la parentalité», indique par mail un porte-parole de l'association. Pire, son inscription dans le droit conférerait un «droit d'ingérence au donneur», à en croire le représentant des couples gays et lesbiens.

C'est ce qu'expliquent notamment Cecilia et Astrid, mères de deux enfants de six et trois ans, à nos confrères du Land. «Plus je pense au projet de loi, plus j'enrage de me dire que le législateur fait entrer la possibilité d'un troisième parent dans ma famille», confie Cecilia. Pour la mère de famille, les enfants ne doivent pas «être tous mis dans le même panier».

A l'inverse, cette loi serait nécessaire au bien-être de l'enfant, estime Gilbert Pregno, président de la [Commission consultative des droits de l'homme](#) (CCDH). «Chacun doit être en mesure de connaître son histoire. Savoir d'où l'on vient est un des principes fondateurs de la personnalité», estime le psychologue de métier.

Le président de la CCDH s'aligne ainsi sur le texte de loi, qui différencie «les parents sociaux» des «donneurs». «Je doute qu'avoir une information supplémentaire sur ses origines perturbe outre mesure l'équilibre de ces familles», assure-t-il. Bien qu'il comprenne les réticences des familles homoparentales, le psychologue estime que le maintien du secret pourrait, en revanche, être «dévastateur».

«Il est bien évident qu'Astrid n'est pas le papa de nos enfants», rétorque Cecilia, qui précise qu'aucune d'elles n'envisage de cacher à leurs enfants qu'ils sont issus d'un don de sperme. Un niveau d'information qui ne devrait pas aller plus loin pour Rosa Lëtzebuerg, qui estime que le don anonyme doit rester «un choix des futurs parents».



[Bientôt une banque de sperme au Luxembourg?](#)

L'association militante craint également que la levée totale de l'anonymat n'engendre une baisse des donateurs. D'autant que le droit luxembourgeois pourrait se heurter à celui d'autres pays. Trop petit, le Grand-Duché ne dispose pas de banque de sperme ou d'ovocytes. Le laboratoire national de PMA fonctionne avec des banques étrangères, notamment danoises. Selon les dernières données disponibles, sur les quelques milliers de PMA (inséminations et fécondations in vitro confondues) réalisées au Luxembourg en 2019, 143 ont été réalisées avec un don de sperme.

Suivez-nous sur [Facebook](#), [Twitter](#) et [abonnez-vous à notre newsletter](#) de 17h.

Sources : <https://www.wort.lu/fr/luxembourg/toute-la-verite-sur-les-origines-est-elle-bonne-a-dire-60535e72de135b92366dabdf>